

A6 Geschäftsordnung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 09.04.2024
Tagesordnungspunkt: 1. Begrüßung & Formalia

Antragstext

- 1 §1. Die LMV wählt eine Wahlkommission, das Präsidium und die Protokollführung.
2 Alles in offener Abstimmung. Außerdem entscheidet die LMV zu Beginn über die
3 Tagesordnung.
- 4 §2. Das Präsidium prüft den formgerechten Eingang der Anträge und entscheidet
5 über das Verfahren. Dabei gilt:
- 6 §2.1. Geschäftsordnungsanträge werden vor Sachfragen verhandelt.
- 7 §2.2. Zu jedem Geschäftsordnungsantrag gibt es die Möglichkeiten einer
8 Gegenrede. Geschäftsordnungsanträge sind u.a. folgende Anträge:
- 9 · Bestätigung und Ergänzung der Tagesordnung
 - 10 · Begrenzung der Redezeit
 - 11 · Ende der Redeliste
 - 12 · Schluss der Debatte
 - 13 · Überweisung an den Landesvorstand
 - 14 · Antrag zur Art der Debatte
 - 15 · Antrag auf Personaldebatte
 - 16 · Antrag auf Meinungsbild aller Anwesenden
 - 17 · Antrag auf Meinungsbild aller Stimmberechtigten
 - 18 · Antrag zur Art der Abstimmung
 - 19 · Antrag auf Auszeit
 - 20 · Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 21 · Antrag auf Rückholung
- 22 §2.3. Inhaltliche Anträge sind Hauptanträge und Ergänzungs- oder
23 Änderungsanträge. Sie müssen dem Präsidium schriftlich vorgelegt und von einem
24 der Anwesenden eingebracht werden, dafür stehen fünf Minuten Redezeit zur
25 Verfügung; sie sollen dem Präsidium darüber hinaus digital vorgelegt werden.
26 Anträge können auch per Videobotschaft eingebracht werden. Bei vorliegenden
27 Änderungs- und Ergänzungsanträgen schlägt das Präsidium der LMV eine
28 Verfahrensweise der Behandlung vor. Anträge gelten als angenommen, wenn sie die
29 erforderlichen Mehrheiten laut Satzung erhalten haben.
- 30 §2.4. Ab fünf inhaltlichen Anträgen kann eine Antragspriorisierung erfolgen.
31 Dies geschieht durch einen Antrag an die Geschäftsordnung. Im Rahmen des Inhalts
32 dieses Antrags kann das Präsidium entscheiden, wie die Antragspriorisierung
33 durchgeführt wird.

34 §3. Das Präsidium besteht aus jeweils zwei Mitgliedern, die die Sitzung leiten
35 und die Redeliste führen. Das Protokoll wird von einer dritten und ggf. vierten
36 Person übernommen.

37 §3.1. Die Redeliste ist als Erstredner*innenliste zu führen. Das bedeutet, dass
38 Personen, die während des aktuellen Tagesordnungspunkts noch nichts gesagt
39 haben, auf der Redeliste unter Beachtung der FLINTA*-Quotierung vorgezogen
40 werden.

41 §4. Stimm- und wahlberechtigt sind ausschließlich Mitglieder der GRÜNEN JUGEND
42 Thüringen. Redeberechtigt sind alle Teilnehmer*innen der LMV. Eingebracht werden
43 können auch Anträge per Videobotschaft.

44 §5. Die Bewerber*innen für die Wahl des Landesvorstands haben drei Minuten
45 Redezeit für ihre Vorstellungsrede und zwei weitere Minuten für die Beantwortung
46 von Fragen. Die Bewerber*innen für die GJ-Voten zur Landtagswahl haben fünf
47 Minuten Redezeit für ihre Vorstellungsrede und zwei weitere Minuten für die
48 Beantwortung von Fragen. Alle weiteren Bewerber*innen haben drei Minuten
49 Redezeit für ihre Vorstellungsrede und eine weitere Minute für die Beantwortung
50 von Fragen. Die Anzahl der Fragen kann auf Antrag des Präsidiums oder auf GO-
51 Antrag begrenzt werden.

52 §6. Für Änderungsanträge, Ergänzungsanträge und Bewerbungen existiert keine
53 Frist, außer der, dass nach Abschließen eines TOPs Anträge zu diesem nur noch
54 mithilfe eines Rückholantrages gestellt werden können. Eigenständige Anträge
55 sind vor Beginn des jeweiligen Tagesordnungspunktes zu stellen.

56 §7. Debatten zu Anträgen und Änderungsanträgen finden grundsätzlich als Pro-und-
57 Kontra-Debatten statt. Grundsätzlich gibt es einen Pro- und einen Kontra-
58 Beitrag, dabei ist die Einbringung des Antrages als Pro-Beitrag zu werten. Wenn
59 durch GO-Antrag nicht anders beschlossen, sind alle anderen
60 Debatten als offene Debatten zu führen.

A3 Soziale Krisen überall? - Kämpferisch durch's Superwahljahr!

Gremium: Landesvorstand Grüne Jugend Thüringen
Beschlussdatum: 10.04.2024
Tagesordnungspunkt: 3. Leitantrag

Antragstext

1. Krisen sind auch nur dornige Chancen

Wir müssen euch nicht erzählen, was es mit Krisen auf sich hat, es gibt viele. Zu viele. Der Krisenberg wird immer größer, die Zeit um der Klimakatastrophe noch irgendwie zu begegnen immer knapper. Gleichzeitig wirft der große Krisenberg lange Schatten in denen vor allem die AfD-Umfragewerte wachsen. Soziale Politik? Faaar away. Besonders in Ostdeutschland und hier bei uns. In Thüringen steht uns ein heftiges Superwahljahr mit Europawahlen und Kommunalwahlen im Frühling und Landtagswahlen im September bevor; und 2025 klopft dann auch schon die nächste Bundestagswahl an. Die Umfrageergebnisse sehen schrecklich aus, das Vertrauen in die Politik ist auf historischem Tiefstand und es scheint, als würden die Menschen eher neuen Parteiprojekten wie dem BSW, der Werteunion oder den Freien Wählern vertrauen, bevor sie zu den anderen Parteien zurückkehren.

Sollten wir jetzt den Kopf in den Sand stecken? Uns damit abfinden, dass es eh nicht besser werden kann? Doch lieber das verteidigen, was da ist, anstatt mehr zu fordern? Wir sagen: Nö! Wir wissen, was hilft. Wir wollen Vertrauen zurückgewinnen und junge Leute politisch organisieren. Lasst uns langfristige Aufbauarbeit von unten leisten, Menschen begeistern und ihnen zeigen, dass ihr Leben in ihren eigenen Händen liegen kann. Die Krisen dieser Zeit, lassen sich am besten lösen, in dem wir Menschen eigene Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und sie zu Krisenlöser*innen werden lassen. Und indem wir Umverteilen! Und wir brauchen Umverteilung!

2. It's about the Umverteilung, Baby

Studien zeigen, dass der Rechtsruck in direktem Zusammenhang mit schlechter Sozialpolitik steht und durch diese befeuert wird. Wenn wir sehen, dass in Thüringen 18% aller Kinder in Armutsverhältnissen aufwachsen und wir die Landkreise mit den geringsten Nettoeinkommen in Deutschland haben und parallel das absolute Umfragehoch der AfD und anderen Populistischen Parteien beobachten können, sollte man meinen es wäre doch relativ offensichtlich was es braucht. Menschen leben in Zeiten von Krieg, Inflation, Niedriglöhnen und sozialer Unsicherheit in Existenzängsten, während Spitzenpolitiker*innen sich hinstellen und über Faulheit sprechen und Arm gegen Ärmere ausspielen. Nach Unten treten als neues Selbstverständnis um das eigene Scheitern zu verkraften? Nicht mit uns! Wir wissen, dass es mehr als genügend Geld gibt.

Es gibt Superreiche und Konzerne mit Milliarden Gewinnen, die zu wenig Steuern zahlen. Währenddessen können Azubis sich kaum die Fahrt zum Ausbildungsbetrieb leisten, das Recht auf Wohnen wird ausgehöhlt, Mieten zunehmen unbezahlbarer und Familien nicht wissen wie sie die nächste Klassenfahrt bezahlen sollen? Das klingt absurd, ist aber Lebensrealität vieler Menschen. Zeit Geld umzuverteilen und eine konsequente und faire Besteuerung von Milliardären umzusetzen, Sozialleistungen endlich sozial zu gestalten (Kindergrundsicherung, BaFög,

42 Wohngeld, Elterngeld, Rente, Bürgergeld..) und das populistische Aufhetzen von
43 marginalisierten Gruppen gegeneinander zu beenden.

44 3. Migration ist Menschenrecht

45 Die Zustände in den Thüringer Erstaufnahmeeinrichtungen sind katastrophal und
46 die Grüne Jugend kritisiert diese bereits seit Jahren ohne jegliche
47 Verbesserungen beobachten zu können. Menschen, die unter schlimmsten Umständen
48 zu uns kommen und Schutz suchen leben in Hermsdorf und Suhl unter absolut
49 menschenunwürdigen Bedingungen. Sie leben ohne Zukunftsperspektiven und
50 Zuversicht, gehen aus Verzweiflung regelmäßig in den Hungerstreik und fordern in
51 einer Petition die Schließung der Einrichtung in Hermsdorf. Es ist zwingend
52 notwendig, dass die Politik Verantwortung übernimmt und schnell handelt, statt
53 Verantwortungen zu verschieben. Wir verurteilen die Zustände in den
54 Massenunterkünften auf das Schärfste und fordern endlich ein Ende der
55 unterversorgten Massenunterkünften und eine dezentrale, würdevolle Unterbringung
56 der Menschen. Geflüchteten soll eine lückenlose medizinische und psychologische
57 Betreuung gewährleistet werden, Schutz und Möglichkeiten der
58 Selbstverwirklichung in Sprache, Bildung und Arbeit. Schluss mit Debatten über
59 Arbeitspflichten, Bezahlkarten und Abschiebungen. Zeit die Debatte weg von
60 Sicherheits- und Ordnungsfloskeln hin zu Solidarität und der Einhaltung von
61 Menschenrechten zu verschieben. Kein Mensch ist illegal!

62 4. Kommune, Europa, Thüringen, organize them all

63 Die drei Wahlen dieses Jahres, die Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen werden
64 uns ordentlich auf Trapp halten. Wir werden uns als Grüne Jugend Thüringen in
65 diese Wahlkämpfe stürzen: Sie sind der optimale Zeitpunkt um junge Menschen zu
66 erreichen und unsere Forderungen in die Medien zu bringen. Allerdings müssen wir
67 ehrlich sein: Uns geht es um mehr als Mehrheitsverhältnisse für die nächsten
68 fünf Jahre. Echte Veränderungen und Machtaufbau sind ein Marathon kein Sprint,
69 das hier ist nur die nächste Etappe.

70 In Mai und Juni stehen in ganz Thüringen Kommunalwahlen an, in vielen
71 Landkreisen und Städten auch Landrät*innen- und Oberbürgermeister*innenwahlen.
72 Bei den Kommunalwahlen wird Politik greifbar und konkret wie nirgendwo sonst. Es
73 ist nirgendwo leichter als Grüne Jugend bewusst Veränderungen vor Ort zu
74 erreichen! Lasst uns die Kommunalwahlen nutzen um als Grüne Jugend vor Ort junge
75 Menschen zu erreichen und linke Veränderungen auf kommunale Ebene
76 runterzubrechen. Ob marode Schulen, teure Preise im Schwimmbad, gut finanzierte
77 Radwege oder Lärm in Park: Anhand konkreter Probleme können und müssen wir
78 Kapitalismuskritik und Umverteilungsfragen direkt auch vor Ort stellen. Ob und
79 wie viel Geld für deine Kommune da ist, hängt direkt davon ab, welchen
80 Steuersatz Milliardäre zahlen.

81 Gleichzeitig stehen am 9. Juni Europawahlen an. Wir wollen zu der diesjährigen
82 Europawahl die bundesweite Kampagne der Grünen Jugend nutzen um mit jungen
83 Leuten über die vielen auf sie eintrommelnden Krisen zu reden. Wir wollen einen
84 linken und kritischen Blick auf die EU bieten, der weder den Euro-Nationalismus
85 von Parteien wie Volt noch die Abschottungsfantasien der AfD wiedergibt. Ein
86 gerechteres Europa ohne Massensterben im Mittelmeer ist möglich. Außerdem werden
87 wir die Europakampagne nutzen um uns auf die Landtagswahl vorzubereiten, 1 zu 1
88 Gespräche als Format auszuprobieren und neue Mitglieder anzulachen.

89 Die Landtagswahl im September wird ein ordentlicher Brocken. Die Umfragewerte in
90 Thüringen sehen zur Zeit die AfD weit vorne und die CDU macht lieber TV-
91 Interviews mit Höcke als sich von der AfD abzugrenzen. Die Grünen kratzen an der
92 5% Hürde, die SPD ist völlig auf einen konservativen Kurs abgedriftet und das
93 BSW steht in den Umfragen Kopf an Kopf mit der Linkspartei. Wer soll da schon
94 Hoffnung haben, dass da was gutes rauskommt? Wir haben's nicht. Aber: Wir
95 stecken den Kopf nicht in den Sand. Die Wahlperiode wird die nächste Legislatur
96 entscheidend mitprägen. Deswegen werden wir eine eigene Kampagne umsetzen. Wir
97 machen klar, dass es Zeit für eine Bildungswende ist! Wir werden für gerechte
98 und gute Arbeit für alle auf der Straße sein! Wir wollen für unsere Zukunft,
99 unseren Weg zur Schule, gute Hochschulen und für gerechte Mobilität für alle
100 kämpfen! Wir werden Leute abholen und ihnen klar machen, dass gute Orte überall
101 möglich sind, wenn es die Landespolitik nur will!

102 Wir sagen auch ganz klar: Wir wollen, dass die Grünen und ganz besonders unsere
103 Votenträger*innen Karo und Laura, den Einzug in den Landtag schaffen. Aber:
104 Unsere Kampagne wird keine Stimmenkampagne für die Grünen sein. Das würde weder
105 unseren Zielen, noch unseren Mitgliedern gerecht. Menschen oberflächlich und
106 durch Versprechungen zu einer Stimmabgabe zu motivieren reicht uns nicht aus.
107 Unser Ziel ist es langfristig Mehrheiten zu gewinnen und junge Menschen links zu
108 politisieren.

109 5. Nach der Wahl ist vor der Wahl

110 Wir können nicht vorhersagen, was nach der Landtagswahl, zum Ende unseres
111 Superwahljahres, alles passiert sein wird. Wir werden fertig und hoffentlich
112 zufrieden sein und unsere Votenträger*innen werden im Landtag sitzen.

113 Wir wollen auch keine genauen Forderungen an Koalitionsverhandlungen oder
114 Ähnliches stellen. Allerdings sollte klar sein, dass eine Koalition, die nicht
115 die Wurzeln des Aufstiegs der AfD angeht, keinen Wert hat und dass Mario Voigt
116 unter keinen Umständen für seinen AfD-Kuschelkurs belohnt werden darf.

117 Wir wollen für alle Gegenbenheiten gewappnet sein. Egal ob Landtag ohne
118 Mehrheit, eine Koalition unter der CDU, Nichteinzug der Grünen in den Landtag,
119 einem unvorstellbaren Dammbbruch oder sonst was: Eine eigenständige Grüne Jugend
120 mit vielen neuen, motivierten Mitgliedern und festen Bündnispartner*innen wird
121 besser gewappnet sein, falls es kein Geld mehr von der Staatskanzlei geben
122 sollte, Landeshaushalte wegen fehlender Mehrheiten im Landtag auf der Straße
123 erkämpft werden müssen oder die AfD nach der Macht greift.

124 Auf geht's ab geht's! Zeit, dass wir was drehen!

Begründung

mündlich

A2 Kein Bock auf Weiter so? Zeit, dass wir was drehen!

Gremium: Wahlkampfteam
Beschlussdatum: 08.04.2024
Tagesordnungspunkt: 8. sonstige Anträge

Antragstext

1 Kein Bock auf Weiter so? Zeit, dass wir was drehen!

2 Unsere Kampagne zur Landtagswahl 2024

3 "Alles ist möglich" wird uns immer gesagt: Nur genügend Lehrer*innen gibt es
4 schon lange nicht mehr, eine gute Ausbildung finden wir meist nur weit weg und
5 die Klimakrise bedroht unsere Lebensgrundlage drastisch. Das Leben wird immer
6 teurer, während unser Lohn, Bafög oder unser Taschengeld gleich bleibt. An den
7 Laternen Nazi-Sticker, der nächste Jugendclub 50km entfernt und der Bus fährt an
8 vielen Orten - wenn überhaupt - nur bis 18:00 Uhr. All das gehört zu unserer
9 Lebensrealität, zur Lebensrealität junger Menschen in Thüringen.

10 Immer wieder wird uns gesagt, für Klimaschutz, das Schwimmbad, für die
11 Schulsanierung oder gerechte Löhne ist kein Geld da - während sich Superreiche
12 ihre zehnte Yacht kaufen können und die nächste Autobahn in Windeseile gebaut
13 wird. "Wir machen das schon immer so" heißt es, während die Klimakrise weiter
14 wütet, der Rechtsruck voranschreitet und Krankenhäuser, Bus, Bahn und Schulen
15 chronisch unterfinanziert sind. Die Realität in Thüringen und auf der Welt zeigt
16 uns: Es fehlt nicht an Geld, sondern an der gerechten Verteilung von Chancen,
17 Finanzen und Macht. Deshalb ist Weiter so keine Option!

18 Wir wollen endlich ein gerechtes Leben für alle Menschen überall: Echte
19 Beteiligung junger Menschen in Schule, Betrieb und Politik, regelmäßige Busse
20 und sanierte Jugendclubs in jeder Kleinstadt. Schulen, die unsere Talente
21 fördern und Spaß am Lernen vermitteln und Jobs, die uns erfüllen und uns ein
22 gutes Leben ermöglichen. Ein Thüringen, in dem jede*r Jugendliche sicher
23 aufwachsen und leben kann - ohne Rassismus, Queerfeindlichkeit und
24 Rechtsextremismus. Wir wollen endlich keine Angst mehr vor der Klimakrise und
25 ihren Folgen haben müssen, weil konsequent gehandelt wird. Und wir wissen, dass
26 wir uns all das selbst erkämpfen müssen. In der Grünen Jugend, mit
27 Gewerkschaften, Jugendverbänden und mit dir: Zeit, dass wir was drehen!

28 Als GRÜNE JUGEND Thüringen werden wir 2024 laut für unsere Forderungen eintreten
29 und uns für folgende Schwerpunkte zur Landtagswahl stark machen:

30 Zeit für die Bildungswende!

31 Bildungsdiskussionen in Thüringen drehen sich in den letzten Jahren vor allem um
32 Lehrplanänderungen, "Leistungsrückstände", den Lehrer*innenmangel oder
33 Digitalisierung. Und natürlich sind diese Themen wichtig und brauchen Lösungen.
34 Aber: Es wird versucht, an kleinen Rädchen zu drehen, während das ganze
35 Schulsystem eigentlich eine Generalüberholung braucht. Wir kennen es alle:
36 Leistungsdruck, 10-Stunden-Tage, ausgelaugte Schüler*innen und Lehrer*innen,
37 veraltete Unterrichtsinhalte und ein Bewertungssystem, das vor allem
38 Auswendiglernen-und-dann-wieder-Vergessen belohnt. Und: Bildungschancen sind
39 immer noch vor allem eine Frage des Geldes und der sozialen Herkunft. Als GRÜNE
40 JUGEND stehen wir für Bildungspolitik, die Schluss mit Leistungsdruck und

41 Auswendiglernen macht und stattdessen alle Kinder nach ihren Talenten und
42 Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellt. Wir fordern:

- 43 • Schule für alle: Gute Bildung unabhängig von Geldbeutel und Herkunft
44 ermöglichen!
- 45 • Schluss mit Leistungsdruck: Interessen und Fähigkeiten in den Mittelpunkt
46 stellen!
- 47 • Echte Beteiligung:: Mehr Demokratie in der Schule!

48 Gerechte Arbeit - Perspektiven für alle!

49 Die Inflation frisst grad dein letztes Geld auf? Jung sein darf nicht heißen,
50 arm sein zu müssen - das lässt sich ändern und zwar indem wir uns organisieren!
51 Mit starken Gewerkschaften können wir gemeinsam erreichen, dass Unternehmen
52 einen fairen Lohn zahlen. Wir wollen, dass Ausbildung wirklich Bildung bedeutet
53 und nicht Ausbeutung. Dass studentische Hilfskräfte an den Hochschulen mit einem
54 TV-Stud endlich gerecht entlohnt werden. Dass junge Menschen nicht nach München
55 oder Stuttgart ziehen müssen, weil sie hier keine passenden Jobs zu angemessenen
56 Löhnen finden. Deshalb kämpfen wir als GRÜNE JUGEND mit Euch für mehr
57 Tarifbindung, faire Löhne und starke Auszubildenden- und
58 Studierendenvertretungen. Ob Arbeit, Studium oder Freiwilligendienst: Let's get
59 organized!

- 60 • Ob Freiwilligendienst oder Ausbildung: Gerechte Löhne für alle!
- 61 • Weniger Arbeit, gleicher Lohn: Mehr Freizeit für alle!
- 62 • Arbeitskampf gemeinsam: Gewerkschaften stärken!

63 Für unsere Zukunft: Klimaneutral unterwegs bis 2040!

64 Busse, die nicht nur zweimal am Tag fahren und nachts gleich gar nicht mehr.
65 Radwege, die im Nirgendwo enden oder gleich gar nicht vorhanden sind. Die
66 Verkehrspolitik ist immer noch aufs Auto zentriert: Das ist nicht nur
67 klimaschädlich, sondern vor allem ungerecht! Viele Menschen sind auf Bus und
68 Bahn angewiesen. Als GRÜNE JUGEND kämpfen wir dafür, dass alle überall in
69 Thüringen mit dem Nahverkehr gut ankommen - und zwar zu Preisen, die sich junge
70 Menschen auch leisten können. Wir wollen, dass endlich jede Schule, Uni und
71 Ausbildungsstätte mit sicheren Radwegen erreichbar ist. Das ist nicht nur fürs
72 Klima notwendig, sondern vor allem ein Update für unsere Lebensqualität.

- 73 • Mobilität für alle: Mit der Mobilitätsgarantie Öffis/Bus und Bahn überall
74 und jederzeit!
- 75 • Bezahlbar: Revival für ein 9-Euro-Ticket YOUNG!
- 76 • Risikofrei: Radwege, die nicht einfach enden, in Land und Stadt!

77 Gute Orte - überall!

78 Das nächste Schwimmbad ist zu weit weg und es fährt kein Bus. Der Jugendclub hat
79 vor fünf Jahren dicht gemacht. Die größte Challenge beim Studieren ist es, eine
80 bezahlbare Wohnung zu finden, während in Kleinstädten und Dörfern die Häuser

81 leer stehen. Gerade kleinen Kommunen fehlt es an Geld und Personal, um
82 Infrastruktur zu erhalten und neue Ideen umzusetzen.

83 Geflüchtete Menschen müssen in riesigen Hallen leben, dürfen nicht arbeiten oder
84 werden zur Pflichtarbeit ohne Lohn gezwungen. Immer wieder lesen wir von den
85 unmenschlichen Zuständen in Suhl, Hermsdorf und anderen
86 Gemeinschaftsunterkünften in Thüringen. Integrationsangebote schwinden und es
87 fehlt an Begegnungsräume, in denen sich Jung und Alt, verschiedene Religionen
88 und Kulturen austauschen können.

89 All dies ist kein Naturgesetz, sondern Folge einer Politik, die Gesundheit,
90 Freizeit, Kultur und Wohnen zu Waren macht, Ressourcen ungerecht verteilt und
91 damit besonders ländlichen Räumen schadet. Als GRÜNE JUGEND streiten wir für
92 Umverteilung - von oben nach unten - und für gut ausgestattete Kommunen, in
93 denen Menschen mit allem, was sie brauchen, leben können. Ohne Diskriminierung,
94 selbstbestimmt und mit echten Perspektiven.

- 95 • Keine Profite mit Miete: Guter und bezahlbarer Wohnraum für alle!
- 96 • Freiräume: Selbstbestimmte Orte für junge Menschen schaffen und erhalten!
- 97 • Kein Mensch ist illegal: Migration menschlich machen!

A4 Kein Bock mehr auf rassistisch-populistische Scheindebatten! Konto statt Bezahlkarte.

Gremium: Thomas Schaefer (Erfurt), Lina Kornmüller (Jena)
Beschlussdatum: 10.04.2024
Tagesordnungspunkt: 8. sonstige Anträge

Antragstext

1 Kein Bock mehr auf rassistisch-populistische Scheindebatten! Konto statt
2 Bezahlkarte.

3 In Deutschland wird seit Wochen über die sogenannte Bezahlkarte für Geflüchtete
4 diskutiert, mittlerweile gibt es sogar einen Kabinettsbeschluss zur Änderung des
5 Asylbewerberleistungsgesetzes, dass die Einführung von Bezahlkarten durch die
6 Länder ermöglichen, bzw. erleichtern soll. Angeblich soll diese Bezahlkarte
7 Verwaltungen entlasten, unter anderem bei der Auszahlung von Bargeld.

8 Was sie aber momentan vor allem macht ist, dass sie Geflüchtete diskriminiert.
9 Denn sie schränkt sie ein bei der Frage wo sie einkaufen gehen können und ob und
10 wieviel Bargeld sie abheben dürfen. Sie werden schlicht finanziell Entmündigt.

11 Je nach Form der Bezahlkarte werden zum Teil bestimmte Gebiete nach Postleitzahl
12 festgelegt, in welchen bezahlt werden kann. Auf diese Weise wird praktisch die
13 Residenzpflicht durch die Hintertür wieder eingeführt. Geflüchtete werden durch
14 ihre Möglichkeit zu bezahlen an einen Ort gebunden und in ihrer Freizügigkeit
15 eingeschränkt.

16 Die Umsetzung einer Bezahlkarte führt in der Realität nicht zu einer
17 tatsächlichen Entlastung für die Verwaltungen, denn diese müssen kompliziert
18 festlegen wo Geflüchtete einkaufen dürfen, was sie einkaufen dürfen und wie viel
19 und ob Bargeld abgehoben werden darf. Zusätzlich kommt die Überwachung dieses
20 Systems. Außerdem hat die Bezahlkarte ganz praktische Probleme. Eine
21 Bezahlkarte, die Bargeldabhebung nicht erlaubt oder beschränkt ist
22 beispielsweise auch für

23 Schüler*innen problematisch, da manche Schulausgabe wie Mittagessen nur Bar
24 gezahlt werden können.

25 Neben der vorgeschobenen Erklärung der Entlastung von Verwaltungen wird hin- und
26 wieder auch die etwas ehrlichere Version ausgepackt: Migration solle begrenzt
27 werden.

28 Bargeldüberweisungen würden demnach sogenannte "Pull-Faktoren" darstellen und
29 dazu führen, dass Menschen nach Deutschland flüchten. Die Existenz von Pull-
30 Faktoren ist eine lange sozialwissenschaftlich widerlegte Theorie. Noch Anfang
31 dieser Woche (08.04.2024) wiesen selbst die geladenen Sachverständigen in einer
32 Anhörung im Bundestag zum Themenkomplex diese Theorie entschieden als veraltet
33 zurück.

34 "Menschen fliehen vor Krisen, Krieg, Hunger (aufgrund von Naturkatastrophen)
35 oder Verfolgung, allen voran aus Syrien, Afghanistan oder der Türkei. Wenn in
36 Deutschland Sozialleistungen gekürzt werden, hat das keinerlei Einfluss auf die
37 Fluchtentscheidungen der Menschen. Zudem werden Geflüchtete durch diese Form der
38 Bevormundung als Minderheit öffentlich stigmatisiert und in ihrer Menschenwürde
39 verletzt." (ProAsyl)

40 Auch das Argument die Bezahlkarte sei notwendig um Auslandsüberweisungen oder
41 die Zahlung von Schlepper*innen zu verhindern geht an der Realität vorbei. Die
42 Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz liegen noch unter dem
43 Existenzminimum des Hartz-4/Bürgergeldsystems. Zahlungen dieser Art existieren
44 wenn überhaupt erst, wenn durch ein eigenes Einkommen Geld zur Verfügung steht.
45 Zudem sind sie Resultat gescheiterter internationaler und europäischer Politik.
46 Schleuser*innen existieren, weil es keine legalen Wege der Flucht oder
47 Einwanderung gibt. Die weitere rassistische Kriminalisierung von Flucht und
48 Migration, verhindert diese nicht sondern führt zu mehr Toten, mehr Leid und zu
49 dem was sie vorgibt zu verhindern: halbrecherischen und ausbeuterischen
50 Schleusungs-Systemen, unter denen die Geflüchteten selbst am meisten leiden.

51 Das Europäische System der Kriminalisierung von Flucht und Migration ist ein
52 tiefes moralisches Versagen und die Ignoranz historischer Verantwortung durch
53 koloniale und neo-kolonialer Ausbeutung und Destabilisierung.

54 Die Bezahlkarte ist aus unserer Sicht vor allem darauf ausgelegt Geflüchte zu
55 diskriminieren. Im Zweifel hört es dabei aber nicht auf. Mit der Bezahlkarte
56 wird zudem ein System für Sozialleistungen etabliert und getestet. Dieses System
57 kann auf andere Bereiche, beispielsweise die Abgabe des Bürger*innengeld oder
58 anderer Sozialleistungen ausgeweitet werden. Wir lehnen das fundamental ab.

59 Die Bundesregierung hat Anfang März einen Beschluss zur Änderung des
60 Asylbewerberleistungsgesetzes getroffen, der die Umsetzung von Bezahlkarten auf
61 Länderebene rechtssicher ermöglichen soll. Das Verfahren ist dabei ziemlich
62 intransparent. Der Beschluss im Bundestag erfolgt über einen Änderungsantrag an
63 ein schon laufendes Gesetzgebungsverfahren. Lange waren nur Informationen über
64 Presseverlautbarungen zugänglich, nach diesen soll die Bezahlkarte im
65 Wesentlichen wie eine normale Geldkarte funktionieren, zugleich aber
66 Überweisungen ins Ausland ausschließen und den Bezug von Bargeld beschränken.
67 Außerdem sollen die Leistungsbehörden selbst entscheiden können, wieviel Bargeld
68 die Karteninhaber innerhalb eines bestimmten Zeitraums abheben können. Damit
69 bleibt offen, ob die Leistungsbehörden das Abheben von Bargeld ganz verbieten
70 können.

71 Das Gesetz ist dabei neben den direkten Effekten womöglich ein trojanisches
72 Pferd.

73 Neben den Regelungen zur Bezahlkarte, die öffentlich diskutiert werden, wird in
74 der Formulierungshilfe für den Änderungsantrag der Vorrang von Geldleistungen
75 gegenüber Sachleistungen abgeschafft. Das könnte noch viel umfangreichere
76 Einschränkungen für Asylbewerber*innen nach sich ziehen und je nach Umsetzung in
77 den Ländern in einer marktwirtschaftlichen Gesellschaft wie unserer, große Teile
78 ihrer Selbstbestimmung praktisch abschaffen.

79 Wir wollen keine diskriminierenden Bezahlkarten. Für die Entlastung von Behörden
80 unter Wahrung der finanziellen Selbstbestimmung gibt es eine ganz einfache
81 Lösung. Diese Lösung heißt Basiskonto.

82 Wir fordern deshalb kostenlose Basiskonten für Geflüchtete anstelle von
83 Bezahlkarten einzurichten. Das Zahlungskontengesetz (ZKG) nennt als Berechtigte
84 für ein Basiskonto ausdrücklich auch Asylsuchende und Geduldete (§2 Abs. 1 S. 1
85 und 2 sowie §3 ZKG). Jedes Kreditinstitut, das grundsätzlich Zahlungskonten für
86 Verbraucher:innen anbietet, ist daher auch verpflichtet, ein Basiskonto für

- 87 Geflüchtete einzurichten. Dies entlastet sowohl die Verwaltung und gibt
88 Geflüchteten die Möglichkeit ohne Einschränkungen zu leben und fördert die
89 finanzielle Selbstbestimmung.
- 90 Der Beschluss einer Bezahlkarte, wie mit dem Gesetzentwurf auf Bundesebene
91 vorgesehen, bleibt auch unter grüner Regierungsbeteiligung falsch und ganz
92 fundamental abzulehnen.
- 93 Rechte Parteien werden nicht geschwächt, indem ihre rassistische Politik für sie
94 gemacht wird. Gesellschaftliche Stimmungen werden nicht verändert, indem sie
95 bedient werden. Soziale Gerechtigkeit gibt es nicht auf Kosten anderer
96 marginalisierter Gruppen.
- 97 Als GRÜNE JUGEND kämpfen wir weiterhin für eine gerechte Welt und damit gegen
98 Bezahlkarten, gegen den Zwang zu Sachleistungen, gegen Abschiebephantasien,
99 gegen Zwangsarbeit in Geflüchtetenunterkünften und menschenunwürdige
100 Unterbringung, gegen das Sterben im Mittelmeer, gegen Rassismus und gegen
101 Grenzen!

Begründung

Im Antragstext